

# Dresdner Volkszeitung

# Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abo-**nommentopreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Bedaktion:** Swingerstraße 21, II. Telefon 3465.  
**Sprechstunde** nur montags von 12 bis 1 Uhr.  
**Eredition:** Swingerstraße 21. Telefon 1769.  
Geschäftsstunden von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die gespaltene Petitzelle mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens  $\frac{1}{2}$ , 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Mr. 139

Dresden, Freitag den 19. Juni 1908.

19. Jahrg.

## Die Alterspensionen im Unterhause.

**Bon unserem Korrespondenten**

J. S. Gordan, 16

J. S. von von, 10. Jun.

Gemäß den Erklärungen des Premierministers sollte die  
Vorlage u. a. die folgenden Bestimmungen enthalten: die Pension  
solltebeitraglos sein, diePensionsberechtigung sollte unabhängig  
vom moralischen Charakter der Bewerber, mit  
alleiniger Ausnahme der tatsächlichen Verbrecher sein, und die  
Ausnahme vom Armenunterstützung in der Vergangenheit sollte keine  
Disqualifikation sein. Wörtlich lagte Asquith folgendes: „Zu  
weniger man auf Fragen über Charakter, abgesehen von tatsäch-  
lichen Verurteilungen wegen Verbrechen, eingeht, um so besser.  
Alle angeregten Prüfsteine nehmen sich auf dem Papier ganz  
gut aus; Sparsamkeit, Vorsicht, Charakter, guter Verstand,  
sie alle hören sich gut an, wenn man sie aber in konkreter  
Form giebt, sind sie schwer anzuwenden, und die Anwendung  
kann sehr leicht unverantwortlich Härten erzeugen.“ Dies  
man aber die gedruckte Bill nach, so findet man, daß eine  
Person ihrer Pension verlustig geht, wenn sie in früheren  
Jahren „sich gewöhnlichmäßig geweigert hat zu  
arbeiten“ oder „wenn sie durch ihre eigene gewollte  
Tat oder ihr schlechtes Betragen in die Lage geskommen  
ist, sich um die Pension zu bewerben“. Hier ist, wie man sieht,  
eine moralische Bedingung in ihrer schlimmsten Form eingeführt,  
welche den ganzen Charakter und Wert der Reform mit einem  
Schlag verändert. Um diese Bestimmung zu erfüllen, wird man  
wohl Peute eigens zu dem Zweck anstellen müssen, um in der  
ganzen Lebensgeschichte der grellen Bewerber zu schnüffeln, um  
ihren moralischen Charakter, vielleicht auch gar ihre politische  
Gesinnung ausfindig zu machen. Dies ist offenbar der bestie-  
Moral der Männerkunst die ganze Reform zu vereiteln.

Weg, den Bewerbern die ganze Zeitraum zu bestimmen.  
Nebenlich steht es mit der Frage der Paupers, nach Asquith  
sollten „in dem ersten Jahre nur die sozialen Paupers aus-  
geschlossen“ werden. Die gedruckte Bill disqualifiziert alle, welche  
vom 1. Januar 1908 ab Armenunterstützung erhalten haben! All  
diese Unglücklichen werden also ohne jede vorherige Warnung zum  
Lebensmüden Pauperismus verdonnert.

Es ist begreiflich, daß die Arbeiterpartei über diesen unerhörten Wortbruch empört ist, und sie wird ohne Zweifel ehrliche Bemühungen unternehmen, die sich Verhunzung der Reform demütig hinzunehmen.

revoltieren, als diese Verhüngung der Reform bemüht hinnehmen. Gestern hat nun der Schaplitzler Vlond George für die bestimmtte Ausgabe der Vorlage im Unterhause Rede stehen müssen. Er hielt eine lange Rede, in welcher er sowohl auf die Kritik der Konkurrenzpartei, die unbedingt darüber sind, daß das Prinzip der Beitragsspitze der Pensionsberechtigten ein für allemal ausgeschaltet worden ist, wie er auch auf die Angriffe der Arbeiterpartei wegen der Unzulänglichkeit der Reform zu entwöhnen versuchte. Gegenüber der letzteren verhielt er sich nicht ganz schroff. Er bekannte immer wieder, daß die Vorlage nur ein erster Anfang sei und bat deshalb um Nachsicht. Er erklärte sich bereit, eine gleitende Pensionsstala für jene Bewerber einzuführen, deren Einkommen das Maximum von höchstens 10 M. um ein Gestringes übersteigt. Was die Pauperis betrifft, so wollte er diese nur vorläufig ausschließen, bis der bald fällige Bericht der sgl. Kommission über das Armengegesetz vorliegen wird, da dann die ganze Frage des Pauperismus eine gründliche Behandlung erfahren werde. Hinsichtlich der Bestimmung über den Charakter des Bewerbers erklärte er sich bereit, den Wortlaut der Vorlage zu ändern, und insbesondere den Ausdruck „schlechtes Betragen“ zu streichen, aber irgend eine Handhabe wollte er sich bewahren, um die gewohnheitsmäßigen Nichtzahler und Verschwender auszufüglichen. Um den Arbeiterpartei entgegenzukommen, sei er bereit, alle jene, welche zehn Jahre hindurch Mitglieder von Gewerkschaften oder Arbeiter-Unterstützungsvereinen

antwortete darauf Genosse O'Grady, der die Vorlage nachher im Namen der Arbeiterpartei einer scharfen und gründlichen Kritik unterzog, daß dadurch die grosse Masse der Frauen sowie der unorganisierten Landarbeiter vor den Schnüfflern und Spionen nicht verschont bleibten werden. Zu erwähnen ist noch, daß der Schatzkästler im Vorbeigehen darauf hinwies, daß demnächst auch für die Invaliden unter 70 Jahren

Sehr entschieden antwortete der Schoplantler auf manche Angriffe der reaktionären Kritiker der Altersversorgungen und er ließerte dabei eine interessante Kritik der mit Beitragspflichten verbundenen Pensionen. Er sagte u. a. folgendes: „Ich halte die Unterscheidung von Beitraglosen und mit Beiträgen verbundenen Systemen überhaupt für bedenklich. Solange Steuern auf solche Waren gelegt sind, welche von jeder Familie im Lande konsumiert werden, gibt es überhaupt kein solches Ding, wie ein Beitragloses System. Tee, Kaffee, Zucker, Butter und Tabak sind besteuert, und dadurch werden alle betroffen. Deshalb ist ein aus öffentlichen Mitteln finanziertes System ebensowenig ein Beitragloses System, wie wenn die Gelder nach deutschem Muster durch die direkten Beiträge der Beteiligten herbeigeschafft werden. Ein Arbeiter, der seine Gesundheit, seine Kraft und Geschicklichkeit zur Schöpfung des nationalen Reichtums hingeggeben hat, hat damit auch seinen Beitrag geliefert zu dem Fonds, aus welchem er Pensionen erhält, wenn er nicht mehr imstande ist, jenes Reichtum zu schaffen.“

Dann gab er die folgenden Argumente gegen die Beitragspflicht: „Erstens würden dadurch fast alle Frauen von den Pensionen ausgeschlossen (was ja in Deutschland tatsächlich der Fall ist). Zweitens ist die Mehrzahl der Arbeiter nicht im Stande, eine genügende Summe von ihrem Wochenverdienste wegzulegen, um für ihr Alter Vorsorge treffen zu können.“ Diese Behauptung belegte der Schatzkanzler mit Zahlen, welche die Lage und die Lohnverhältnisse der Arbeiter illustrierten.

Diese Kritik des ganzen Systems der Beitragspflicht verdient auch die Beachtung derer, welche die deutsche Alters- und Invalidenversicherung in den Himmel zu heben

#### Seufzenet und Sandarbeiterlöhne

re. Auf Grund der statistischen Nachweise des Reichsarbeitsblattes kann für das laufende Jahr eine Abnahme der Leutenot festgestellt werden. Um fast allen Nachweisen, die sich mit der Vermittelung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte befassen, ergibt sich eine Zunahme des Angebots gegenüber den letzten Jahren. Man kann zwar bestreiten, daß diese Statistik der Nachweise schon hinreichend genug ausgebaut sei, um einen Blick auf den gesamten Arbeitsmarkt in der deutschen Landwirtschaft zu ermöglichen, man kann aber nicht auf Grund persönlicher Erfahrungen und Beobachtungen ein guizrefendes Urteil über das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt haben wollen. Denn die unvollkommene Statistik ist doch immerhin der beschränkten Einzelerfahrung bei weitem überlegen. Es dürften aber die Ergebnisse der Statistik doch insofern richtig sein, als sie eine Abnahme der Leutenot feststellt. Ob der Grad der Abnahme der Leutenot von der Statistik in ihrer heutigen Ausbildung richtig erfaßt wird, ist eine andere Frage. Freiherr v. Witzbach behauptet nun in einem Artikel des Tags, daß die Leutenot auf dem Lande in unverändertem Maße fortbestehe. Er gibt freilich indirekt zu, daß das Angebot in diesem Jahre aus verschiedenen Ursachen größer sei als z. B. im Vorjahr. Wird dies aber zugestanden, so haben eben die Leutenot im laufenden Jahre in der Tat eine Verminderung erfahren.

Etwas anderes ist es, ob durch die jetzige Verminderung der Leutenot das Landarbeiterproblem gewissermaßen schon der Lösung entgegengeführt werde. Auf diese Frage kann man ohne zweitentes mit Nein antworten. Denn das ist sicher, daß bei einer Besserung des gewerblichen Arbeitsmarktes die Leutenot wieder zunehmen wird. Freilich vorläufig wird noch einige Zeit vergehen, bevor die gewerblichen Zentren wieder Arbeitskräfte in stärkerer Zahl an sich ziehen werden. Freiherr v. Mirbach behauptet aber im nämlichen Artikel weiter noch, daß die Landwirte unter dem Druck der Verhältnisse seit langen Jahren bereits die Löhne bis zu einer Höhe gesteigert haben, die die Rentabilität ihrer Wirtschaft in Frage stellt, ohne damit ein verstärktes Angebot zu erreichen". Es dürfte kaum zu bestreiten sein, daß die Löhne in der Landwirtschaft gestiegen sind, aber es ist sehr schwer, sich eine Vorstellung dieser Steigerung für die gesamte deutsche Landwirtschaft zu machen. Neinesfalls kommt die Steigerung der Löhne für landwirtschaftliche Arbeiter denjenigen gleich, die die Löhne der gewerblichen Arbeiterschaft etwa im letzten Duzennium erfahren haben. Schon allein dadurch würde also die Fortdauer der Abwanderung noch den Industrieargenten erklärt. Die Steigerung der Löhne in der Landwirtschaft war aber während der letzten Jahre auch nicht so erheblich, um die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe zu gefährden. Trotz der Lohnsteigerungen hat vielmehr gerade in den letzten Jahren die Rentabilität in der Landwirtschaft so zugenommen, daß sie nicht entfernt in Frage gestellt, sondern durchschnittlich recht reichlich bemessen war. Es kann nie und nimmer die Rede davon sein, als ob die hohen Löhne die Gewinnvergnügnisse schmälerten. Wir haben leider veraweilt wenig ausreichendes Material, um die Rentabilität der Landwirtschaft beurteilen zu können. Aber nichtsdestoweniger möchten wir bis zum Erwies des Gegenteils an der Behauptung festhalten, daß die Rentabilität der deutschen Landwirtschaft sich in den letzten Jahren überaus günstig gestaltet hat. Störperschäften wie z. B. die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft, die in ihren Ausführungsabteilungen die Gestaltung der Rentabilitätsverhältnisse zu verfolgen in der Lage sind, dürfen der Behauptung einer Verbesserung

sich's mit teuren, aber tüchtigen Arbeitern besser, als mit billigen, aber wenig leistungsfähigen. Ganz allgemein kann gesagt werden, daß die Landwirtschaft suchen muß, auf dem Gebiete des Ackerbaues möglichst an menschlicher Arbeitskraft zu sparen. Das kann noch viel mehr als bisher durch vermehrte Anwendung von Maschinen geschehen. Zur Bedienung der Maschinen braucht man aber ein höchst geschulteres und darum höher bezahltes Personal. Kann so im Ackerbau an Menschenhänden noch viel gespart werden, so ist dies allerdings auf dem Gebiete der Viehzucht im allgemeinen nicht der Fall. Aber gerade hier spielt die Lohnfrage wirklich keine ausschlaggebende Rolle. Der Landwirt kann einem zuverlässigen Arbeiter, der mit dem Vieh zu tun hat, sehr wohl einen hohen Lohn bezahlen. Denn nirgends rächt sich eine unpäntliche, sorglose Arbeit für den Landwirt empfindlicher, als gerade bei der Pflege des Viehs. Personal, das mit liebevollem Verständnis das Vieh pflegt, macht jedoch bei stark steigenden Löhnen immer gut bezahlt. Dagegen führen niedrige Löhne und nachlässige Pflege der Tiere zu Verlusten, denen

Aus diesen Erwägungen heraus kommen wir zu dem Schluss, daß sich für abschbare Zeit die deutsche Landwirtschaft mit der Tatsache der Leutenot abfinden muß. Sie wird mehr oder minder stark sein je nach den Schwankungen der gewerblichen Konjunktur, aber sie wird nicht verschwinden. Es kann ihr dagegen erfolgreich entgegengewirkt werden, indem einmal die Landwirtschaft überall, wo es angeht, an menschlichen Arbeitskräften zu sparen sucht, indem sie aber dafür auf der anderen Seite die benötigten Arbeiter um so besser bezahlt, je leistungsfähiger sie sind. Denn es ist ein Fertum, zu glauben, in der Landwirtschaft handle es sich nicht um qualifizierte Arbeit, die von dem ersten Besten gleich gut ausgeführt werden könnte. Ganz im Gegenteil, die Arbeitsleistungen in der Landwirtschaft werden von intelligentem, für die Landwirtschaft und ihren modernen Betrieb Verhandnis befindendem Arbeitpersonal mit einem wesentlich höheren Nutzeffekte ausgeführt werden als von Leuten, die alle Arbeit gewohnheitsmäßig und ohne Interesse verrichten. Es ist anzugeben, daß eine derartige Umbildung der Arbeiterschaft in dem landwirtschaftlichen Betriebe nicht von heute auf morgen zu erreichen ist. Aber es wäre schon ein großer Fortschritt, wenn man erkennen würde, daß durch diese Umbildung das Landarbeiterproblem seiner Lösung näher geführt wird. Heute strömt der intelligenter, gesündere und unternehmungslustigere Teil der ländlichen Arbeiterjugend leicht in die Großstadt und gewerblichen Berufen ab, und die Landwirtschaft ist auf heimisches Personal angewiesen, das entweder alt oder nicht gejund oder aber auch nicht ausgeweitet genug für den modernen Betrieb in der Landwirtschaft ist. Dieser Leutenot kann man mit einem Erfolg nur dadurch entgegengewirken, daß die gute Arbeitsleistung in der Landwirtschaft den wirtschaftlichen Markt bestens in den Ausdruck bringt.

---

### **Präsidentschaftskandidat Taft.**

#### **Frankfurter Arznei-Zeitung**

### **Fazit und Fazit für die Praxis**

**Telegraphische Berichte.**  
Chicago, 18. Juni. Nach einer die ganze Nacht währenden Sitzung gewannen die Anhänger Tafts in dem zur Verabredung der Resolutionen ausgesetzten Ausschuss des republikanischen Nationalkongresses den Sieg, indem alle Punkte in der Platform, die von Taft und Roosevelt befürwortet worden waren, zur Annahme gelangten. Besonders wurde auch der Punkt in der Platform genehmigt, der ein Gesetz empfiehlt, nach welchem die Arbeiterorganisationen bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nur bürgerlich-gerichtlichen Verordnungen unterworfen sind, die nach Vernehmung beider Parteien beschlossen würden. Ausnahmen sollen nur Fälle bilden, wo ein nicht wieder gut zu machender Schaden aus einem Verzage entstehen könnte.

Chicago, 18. Juni. (Auf deutsch-atlantischem Kabel.) Das Resolutionskomitee des republikanischen Konvents unterbreitete dem Parteitag das Parteidokument, das eine lange Reihe wichtiger Fragen behandelt und bezüglich der Tariffrage ausführlich, die republikanische Partei erklärt sich unzweideutig dafür, daß die Tarifrevision in einer Spezialsession des Kongresses sofort nach dem Amtsantritt des neuen Präsidenten verhandelt werde. Das Parteidokument erklärt weiter, daß Prinzip des Schutzholls werde am besten gewahrt durch die Auferlegung solcher Zölle, welche die Differenz zwischen den Produktionskosten des Inlandes und des Auslandes ausgleichen und ferner der amerikanischen Industrie einen angemessenen Verdienst sichern. Weiter wird in diesem Programm ein Minimal- und ein Maximaltarif befürwortet. Dieser soll gegen Länder angewandt werden, die amerikanische Waren unterschiedlich behandeln, der Maximaltarif soll dagegen nicht nur amerikanischen Fabrikanten, Farmern usw. Schutz gegen den Wettbewerb des Auslandes sichern, sondern auch eine hohe Lebenshaltung der amerikanischen Arbeiter erhalten. Befürwortet wird ferner zollfreier Austausch zwischen den Vereinigten Staaten und den Philippinen mit Einschränkungen nur bezüglich des Tabaks und des Zuckers. Zum „Schutz dieser heimischen Interessen“ befürwortet das Parteidokument die Abänderung des Sherman-Antitrustgesetzes zum Zwecke der Erweiterung der Kontrolle seitens der Regierung über die Korporationen. Das Parteidokument betont die Fortschritte des Landes unter dem republikanischen Regime. Das Nationalvermögen übertreffe das Englands und aller seiner Kolonien und sei größer als das Deutschlands und Frankreichs zusammengenommen. (Es fragt sich nur, in wessen Händen sich das „Nationalvermögen“ befindet. Ob in den Händen der Nation oder einer Gruppe von